

**Niederschrift**  
**über die 34. Sitzung des 6. Beirates für Seniorinnen und Senioren**  
**der Landeshauptstadt Kiel am Donnerstag, den 05.04.2018**  
**im Magistratssaal**

Beginn der öffentlichen Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 13:15 Uhr

Niederschrift: Frank Reiser

Anwesende Mitglieder:

Herr Bröer  
Frau Brüggemann  
Herr Fischer  
Herr Fricke  
Herr Glüsing  
Frau Hartz  
Herr Holz-Edelhagen  
Herr Jungnickel  
Herr Münzberg  
Frau Packbier  
Frau Pötter  
Herr Reyer  
Frau Scheffer  
Herr Schick  
Frau Scholz  
Herr Scholz  
Frau Schunke  
Frau Segler  
Herr Stanjek  
Frau Tiedemann

Entschuldigte Mitglieder:

Frau Hämäläinen  
Herr Klatte  
Frau Koch  
Herr Petsch

**Verlauf der Sitzung:**

**TOP 1: Begrüßung und Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Scholz begrüßt die anwesenden Gäste aus der Bevölkerung und den unterschiedlichen Institutionen, die aufgrund des Hauptthemas, sehr zahlreich erschienen sind.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien zum Hauptthema werden begrüßt:

Herr Raschke (SPD), Herr Wohlfahrt (CDU), Herr Langniß (Bündnis'90/Die Grünen), Frau Musculus-Stahnke (FDP) und Frau Hein (Die Linke).

***Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.***

**TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung**

*Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.*

**TOP 3: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.03.2018**

**Änderungen und Ergänzungen:**

**TOP5** – Herr Glüsing und Frau Scheffer waren als Mitglieder des Beirates beim Masterplan Sport tätig.

*Die Niederschrift wird mit diesen Änderungen einstimmig genehmigt.*

**TOP 4 Seniorinnen und Senioren fragen und regen an**

./.

**TOP 5: Schwerpunktthema**

**„Seniorenpolitisches Hearing“ mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Ratsfraktionen: Herr Raschke (SPD), Herr Wohlfarth (CDU), Herr Langniß (Bündnis‘90/Die Grünen), Frau Musculus-Stahnke (FDP) und Frau Margot Hein (Die Linke).**

Herr Scholz bedauert, dass der SSW keine Vertreterin/keinen Vertreter entsenden konnte und beschreibt im Anschluss die grundsätzlichen Aufgaben des Beirates für Seniorinnen und Senioren.

Die Parteien in der Ratsversammlung haben die „Wahlprüfsteine“ des Beirates erhalten (Anlage A). Die SPD nahm dazu bereits schriftlich Stellung (Anlage B), die anderen Parteien sind recht herzlich dazu eingeladen, eine schriftliche Stellungnahme nachzureichen. Diese werden dann auf der Homepage des Beirates veröffentlicht.

Zielsetzung des Hearings ist, dass die kommunalen Politikerinnen und Politiker konkret zu den Fragestellungen seniorenrelevanter Themen Stellung nehmen.

Im Rahmen der Stellungnahmen und Diskussionen lassen sich folgende Schwerpunkte bezogen auf die Wahlprüfsteine benennen:

- Zu Grundgedanken:  
Alle Parteien erkennen die Relevanz seniorenpolitischer Themen und insbesondere die Fragestellungen des Beirates an. Ein enge Zusammenarbeit und ein kontinuierlicher Austausch sollte die Zielsetzung sein.
- Zu 1.1 Seniorenplan:  
Die anwesenden Parteien sind sich darin einig, dass ein Seniorenplan für Kiel nur dann zielführend und sinnvoll ist, wenn hierdurch eine Weiterentwicklung der bisher vorliegenden Planungen erreicht werden kann. Hierzu sollte der Beirat für Seniorinnen und Senioren konkrete

Vorschläge entwickeln und folgende Fragen erörtern:

- Was soll der Plan enthalten? Welche Lücken sollen geschlossen werden?
  - Sind Inhalte nicht schon an anderer Stelle dokumentiert (z.B. in den Sozialberichten, in der Infrastruktur- und Pflegebedarfsplanung, ...)?
  - Doppelstrukturen müssen vermieden werden
- Zu 1.2  
Alle Parteivertreter\*innen sind sich darin einig, dass der Gestaltungsspielraum für die Kommunen sehr eng bemessen ist (freiwillige- und Pflichtaufgaben) und gerade im seniorenpolitischen Bereich eine Vielzahl von Angeboten und Strukturen etabliert sind oder sich gerade in der Umsetzung befinden: z.B. anna – Anlaufstelle Nachbarschaft, Bürgertreffs, Kirchentreffs und vieles mehr.  
Herr Raschke weist darauf hin, dass umfangreiche Mittel für Projekte (Demenz, generationsübergreifend) bereitgestellt wurden und werden.
  - Zu 2  
Freiwilliges Engagement und Partizipation: Weiterhin sind sich die anwesenden Parteien einig, dass es nicht Aufgabe der Kommunalpolitik ist, fertige Konzepte zu präsentieren. Vielmehr sind alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die Gremien wie die Ortsbeiräte oder der Beirat für Seniorinnen und Senioren, aufgefordert, Vorschläge zu machen und konkrete Bedarfe zu benennen. Nur so kann eine zielgerichtete, bedarfsgerechte Planung und Umsetzung initiiert werden. Politik und Verwaltung haben in Kiel dafür die entsprechenden Weichen gestellt – Stichwort: Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Hingewiesen wurde auf die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements, der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit besonderen Bedarfen (z.B. Demenz, Behinderung) sowie der Nahversorgung vor Ort (z.B. Einzelhandelskonzept, Post, Bank).
  - Zu 3. Gesundheit und Pflege: SPD, Bündnis'90/Die Grünen, Die Linke diskutieren innerparteilich derzeit, die Pflege und Betreuung älterer Menschen zumindest teilweise wieder in die Regie der Kommune zu übertragen (Rekommunalisierung). Die CDU hält das bestehende System für verbesserungswürdig, aber im Grunde für das richtige. Die FDP fragt: „Kann die Kommune dies überhaupt regeln?“ und sieht deren geringen Handlungsspielraum beim Thema Pflege. Übereinstimmung herrscht bei den Anwesenden darin, Angebote zur Prävention und Beratung in Bezug auf Gesundheit und Pflege seitens der Politik zu unterstützen.
  - Zu 4. Wohnen, Wohnumfeld und Mobilität: Mehr Engagement für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft sieht die CDU kritisch, ebenso wie die FDP. Die anderen Parteien halten das für sinnvoll, verfolgen aber im Detail unterschiedlich Ansätze (z.B. genossenschaftliche Wohnprojekte; Förderung von Baugruppen; inklusives Bauen). Bei der aktuellen Auftragsvergabe sind rechtlich sehr enge Grenzen gesetzt. Eine Fokussierung auf ausschließlich sozialen Wohnungsbau ist nicht möglich.
  - Einigkeit besteht weitestgehend beim Quartiersmanagement:
    - Es gibt bereits sehr aktive Angebote in Stadtteilen (z.B. Gaarden).

- Die Eigenverantwortlichkeit muss gestärkt und eingefordert werden!
- Vernetzung und Bereitstellung der Infrastruktur ist Aufgabe der Kommune.
- 5. Verbraucherschutz und Verbraucherinformation: Dieser Themenkomplex konnte aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

Durch Zwischenfragen und Anmerkungen aus dem Beirat und sowie der anwesenden Bürgerinnen und Bürgern wird deutlich, dass man sich von den kommunalen Politikerinnen und Politikern mehr Engagement wünscht. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Belange von älteren Menschen.

Die anwesenden Parteien weisen darauf hin:

- Kommunalpolitik ist ein Ehrenamt mit begrenzten zeitlichen Ressourcen.
- Es wurde schon viel erreicht, und Vieles ist auf den Weg gebracht.
- Die finanziellen Mittel sind zum größten Teil in den Pflichtaufgaben gebunden und eine Refinanzierung durch Land und Bund ist nicht immer gegeben oder langwierig und unzureichend.
- Kommunale Politik ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Ideen und Ziele lassen sich nur mit entsprechender Beteiligung von Personen, Organisationen und Verbänden umsetzen.

Die anwesenden Parteien wünschen sich vom Beirat mehr konkrete Anträge und weiterhin ein Engagement mit klaren Zielsetzungen, damit diese Ideen in den Fraktionen und der Ratsversammlung behandelt werden können.

#### **TOP 6: Mitteilungen des Vorstandes**

- Hinweis auf die außerordentliche Sitzung am 10.04.2018 – 10:00 Uhr. Treffen im Ratsherrenzimmer.
- 03.05.2018 Schwerpunktthema in der Sitzung: „Wohnen und Alter“. Eingeladen ist Frau Grondke.
- Der Oberbürgermeister hat eine Einladung für das 2. Halbjahr erhalten.
- Der 1. Entwurf der neuen Homepage liegt vor, muss aber noch einmal überarbeitet werden.
- Der Haushaltsabschluss 2017 wird mit der nächsten Einladung und Niederschrift versendet (Anlage C).
- Die Quartalsabrechnung wird in Zukunft ebenfalls mit der entsprechenden Einladung versendet (Anlage D).
- Das gemeinsame Weihnachtsessen des Beirates soll weiterhin stattfinden. Organisation und Planung übernimmt Frau Schunke.
- Anträge müssen besser und zielgerichteter gestellt werden. Dazu müssen einige unserer Anträge neu gestellt und noch einmal vorgelegt werden.
- Unseren Antrag zur Pflege in Krankenhäusern hat der Sozialausschuss einstimmig beschlossen.

## **TOP 7: Berichte**

### **7.1 Fachgruppen**

./.

### **7.2 Ausschüsse der Stadt**

./.

### **7.3 Ortsbeiräte**

./.

### **7.4 Andere Gremien und sonstige Veranstaltungen**

Musik am Nachmittag: Es bleibt bei den bereits bekannten Terminen.  
Unterstützung ist weiterhin erwünscht.

Beim „Runden Tisch“ Elmschenhagen/Kroog stellen sich die dort kandidierenden Politikerinnen und Politiker vor.

Es liegen ansonsten keine Berichte vor.

### **7.5 Berichte aus Ämtern und Betrieben**

Es liegen keine Berichte vor.

## **TOP 8: Anträge**

Der Antrag zum Thema: „Heimaufsicht in den Pflegeheimen“ liegt als Tischvorlage vor (Anhang E).

**„Die Verwaltung möge nachfolgende Frage in Form einer geschäftlichen Mitteilung beantworten:**

**Welche Möglichkeiten werden gesehen, die Heimaufsicht in den Kieler Pflegeheimen zu verbessern.“**

**Begründung: „Es gibt viele Klagen über die angespannt Situation den Pflegeheimen und die Überprüfung der Einrichtungen durch die Heimaufsicht ist unzureichend.“**

***Dieser Antrag wird einstimmig bei 5 Enthaltungen angenommen.***

## **TOP 9: Verschiedenes, Termine und Einladungen**

./.

## **TOP 10: Schließung der Sitzung: 13:15 Uhr**